

Hypermacht und
Friedensmacht:
Die Zukunft der
europäisch-
amerikanischen
Beziehungen
Josef Joffe

Robert Bosch **Stiftung**

Hypermacht und
Friedensmacht:
Die Zukunft der
europäisch-
amerikanischen
Beziehungen
Josef Joffe

Europa bauen, den Wandel gestalten

Dr. Josef Joffe, seit 2000 Mitherausgeber der Wochenzeitung DIE ZEIT sprach am 20. November 2007 in der Vortragsreihe »Europa bauen, den Wandel gestalten« der Robert Bosch Stiftung zum Thema »Hypermacht und Friedensmacht: Die Zukunft der europäisch-amerikanischen Beziehungen«. Wer die Entwicklung der transatlantischen Beziehungen verstehen will, muss auf den Weihnachtstag 1991 zurückgehen, an dem die Sowjetunion als Imperium sich selbst auflöste. Seitdem bestimmt die unipolare, imperiale »Versuchung« immer wieder Grundlinien der amerikanischen Außenpolitik. Umgekehrt versteht sich Europa als Friedensmacht, ohne doch auf amerikanische Sicherheitsgarantien verzichten zu wollen. Der Übergang von der Bipolarität zur Unipolarität hat indes nicht das Ende der NATO bewirkt. Und trotz aller Meinungsverschiedenheiten bleiben die Vereinigten Staaten für Europa nicht nur »der große Rückversicherer«. Europa und die Vereinigten Staaten verbindet trotz mancher Unterschiede ein gemeinsames Wertefundament. Wir streiten nicht über das »Was«, sondern wir ringen um den richtigen Weg. Europa und die Vereinigten Staaten können nur gemeinsam erfolgreich sein. Wohl verstandene Realpolitik zielt auf »das größtmögliche Bündnis aller Gleichgesinnten«, auf Konsens und sorgfältige Pflege gemeinsamer Interessen.

Einführung Dieter Berg

Zunächst bitte ich alle diejenigen um Nachsicht, die heute vielleicht etwas unbequem sitzen müssen. Die hohe Zahl an Anmeldungen zum heutigen Stiftungsvortrag freut uns sehr, hat aber auch die Konsequenz, dass es diesmal etwas enger wird. Lieber Herr Joffe, wie Sie sehen, haben Sie in Stuttgart offensichtlich eine richtige Fangemeinde.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, im Rahmen der Stiftungsvorträge hat sich zuletzt Daniel Hamilton im Jahr 2001 unter dem Titel »Die Zukunft ist nicht mehr, was sie war: Europa, Amerika und die neue weltpolitische Lage« mit dem Verhältnis zu Amerika befasst. Exakt drei Monate vorher ereigneten sich die schrecklichen Anschläge von New York und Washington. Sechs Jahre später ist es höchste Zeit, erneut den Zustand der europäisch-amerikanischen Beziehungen in den Blick zu nehmen, denn seither hat sich sehr Vieles auch grundlegend verändert. Unter der Überschrift »Hypermacht« und »Friedensmacht« - und beide Begriffe in Führungszeichen - könnte man den Vortrag eines Amerikakritikers erwarten. Ohne Führungszeichen wohl eher den eines Amerikafreundes. Tatsächlich haben wir es mit Josef Joffe mit einem kritischen Freund der Vereinigten Staaten zu tun.

Bezieht man den Begriff »Friedensmacht« auf die USA, denkt man gern und dankbar an deren friedenssichernde und stabilisierende Rolle nach dem 2. Weltkrieg. Denkt man bei »Hypermacht« an die USA, so denkt man spätestens seit dem Jahr 2001 auch an Krieg, an Krieg gegen den Terror, an Afghanistan und an Irak. Und dann kommen die Erinnerungen an frühere Kriege, an Korea und Vietnam. Da fiel mir das Buch von Helmut Schmidt »Die Mächte der Zukunft« ein, wo in einem Kapitel die Expansionspolitik und die Interessenwahrungspolitik der USA in den letzten Jahrhunderten in Kurzform höchst beeindruckend beschrieben werden. Soweit Territorien wie Florida

und Alaska nicht gekauft werden konnten, half man militärisch nach. Es liegt erst 150 Jahre zurück, dass Kalifornien, Arizona, Nevada, Utah, Colorado, Wyoming und New Mexico als Beute des gewonnenen Krieges gegen Mexiko Bestandteil der Vereinigten Staaten wurden. Lateinamerika wurde schon früh zur Interessensphäre der USA erklärt. Und wenn nicht unmittelbar militärisch eingegriffen wurde, gab es immer noch die CIA, um gewünschte Ergebnisse zu erzielen. Damals wie heute basiert das Verhalten der Vereinigten Staaten auf einem ungebrochenen Verständnis von Macht und Stärke, von berechtigter Interessenwahrnehmung und Verpflichtung zur Verbreitung der Demokratie.

Seit dem Ende des Kalten Krieges sind wir Europäer in einer neuen Rolle. Plötzlich sind wir auch in militärischen Zusammenhängen Partner der USA, sei es auf dem Balkan, sei es in Afghanistan, sei es im Irak. Ziel ist jeweils die Erhaltung oder Wiederherstellung des Friedens. Erfolg stellt sich dabei leider nur begrenzt ein. Also »Hypermacht«, die auf Bündnisse angewiesen ist und »Friedensmacht«, die keinen Erfolg hat? Ich bin gespannt, lieber Herr Joffe, wie Sie die Begriffe definieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich hier einen Einschub machen. Die Robert Bosch Stiftung ist zwar eine ehrwürdige und durch Kontinuität geprägte Institution, aber dennoch kommt es auch bei ihr hin und wieder zu Veränderungen. Mit Ablauf des 30. September 2007 ist Herr Dr. Gutberlet, der langjährige Vorsitzende des Kuratoriums, aus Altersgründen aus dem Kreis unserer Gesellschafter ausgeschieden. Ich nutze gern die Gelegenheit, lieber Herr Gutberlet, Ihnen auch an dieser Stelle noch einmal herzlichen Dank zu sagen für Ihre wichtigen und anregenden Beiträge zu unserer Arbeit und zu unseren Erfolgen. Sie waren immer ein guter und wohlwollender, aber auch kritischer Ratgeber. Die Zusammenarbeit mit Ihnen hat uns stets viel Freude bereitet. Als Ihren Nachfolger im Amt des Kuratoriumsvorsitzenden begrüße ich

heute Herrn Dr. Kurt Liedtke. Herr Dr. Liedtke gehört dem Gesellschafterkreis und dem Kuratorium seit mehr als einem Jahr an. Davor war er Geschäftsführer der Robert Bosch GmbH und war für Bosch an verantwortlicher Stelle in Spanien, Großbritannien, Australien und den USA tätig. Drei oder vier von fast 30 Jahren für Bosch hat er auch in Deutschland verbracht. Lieber Herr Liedtke, wir freuen uns auf die gemeinsam zu meistern Herausforderungen der kommenden Jahre und auf eine gute Zusammenarbeit.

Nun wie üblich zu den Daten aus dem Lebenslauf unseres Vortragenden. Lieber Herr Joffe, gestatten Sie mir dies, obwohl man Sie kennt oder kennen muss. Ob aber jeder weiß, wie international geprägt Ihr Lebenslauf ist und wie eng Ihre Verbindungen zu Amerika sind, wage ich zu bezweifeln. Ehrlich gesagt, auch ich gehöre zu denen, die bis vor Kurzem unwissend waren.

Josef Joffe wurde 1944 in Łódź in Polen geboren und wuchs in Berlin auf. Er studierte nach dem Abitur am Swarthmore College in Pennsylvania Wirtschaft, Politische Wissenschaften und Philosophie. Er besuchte das Europa-Kolleg in Brügge und erwarb an der amerikanischen Johns Hopkins University einen M.A. in International Studies. Er promovierte an der berühmten Harvard University, wo er nach der Promotion zunächst als Postdoctoral Fellow am Center for International Affairs tätig war. Er war wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stiftung Wissenschaft und Politik und verlegte sich im Jahr 1976 auf den Journalismus. Dabei war offenbar die Wochenzeitung DIE ZEIT für ihn von Anfang an der Wunsch aller Wünsche. Dort begann er zunächst als politischer Redakteur, dann als Ressortleiter. 1985 folgte ein Ausflug zur Süddeutschen Zeitung, wo er die Leitung des Ressorts Außenpolitik übernahm. Im Jahr 2000 kam dann die krönende Rückkehr zur ZEIT als Herausgeber und von 2001 bis 2004 gleichzeitig auch noch als Chefredakteur. Neben seiner journalistischen Karriere kann Josef Joffe

auch auf eine akademische Karriere zurückblicken. Er unterrichtete in den Vereinigten Staaten an so bekannten und berühmten Universitäten wie Johns Hopkins, Harvard, Princeton und Stanford, aber auch in Europa an den Universitäten München und Salzburg. Gastvorlesungen hielt und hält er in den USA und in Europa von Berkeley bis Yale und von Oxford bis Zürich. Daneben findet er auch noch die Zeit, Bücher zu schreiben oder herauszugeben, Artikel in Fachzeitschriften zu verfassen und als Kurator in Stiftungen mitzuwirken. Er wurde nicht nur mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet, sondern auch mit vielen Preisen.

Lieber Herr Joffe, nach dieser Vorrede ist der Anspruch an Ihren Vortrag hoch.



Josef Joffe

Hypermacht und Friedensmacht: Die Zukunft der europäisch-amerikanischen Beziehungen

Josef Joffe

Wer im Jahre 2007 über amerikanische Außenpolitik redet, muss am Weihnachtstag 1991, vor 16 Jahren, anfangen. Warum? Was war da los? Kaum einem hier im Saal wird wohl die richtige Antwort einfallen, obwohl der 25. Dezember 1991 eines der wichtigsten Daten der Weltgeschichte war. Denn das war der Tag, an dem gegen 19 Uhr zum letzten Mal die Hammer- und Sichel-Flagge der Sowjetunion über dem Kreml eingeholt und an ihrer Stelle die weißblaurote Flagge Russlands hochgezogen wurde. Die Sowjetunion gab es nicht mehr; sie hatte an diesem Tag sozusagen Selbstmord begangen.

Aber weil die Sowjetunion das erste Imperium der Geschichte war, das nicht im Krieg, sondern im tiefsten Frieden verschieden ist, haben wir uns dieses historische Datum nicht gemerkt. Normalerweise sterben Imperien im Krieg – zum Beispiel im Ersten Weltkrieg, dem schlimmsten aller Kaiserreich-Killer. Damals fielen gleich vier: das Zaren-, das Habsburger-, das Wilhelminische und das Osmanische Reich, und das als Opfer von Krieg und Revolution. Die Sowjetunion aber starb im Bett, metaphorisch gesprochen. Dieses Imperium ist sanft entschlafen, dennoch war das Ereignis eine Wasserscheide, wie sie im Drama der Weltpolitik nur selten vorkommt: ein richtiger Strukturbruch. Da verschwand nicht nur ein Hauptakteur von der Bühne; die Bühne selber brach zusammen.

Fünzig Jahre lang hatten zwei Giganten die Bühne des Kalten Krieges beherrscht; plötzlich war nur noch einer da – die »letzte verbleibende Supermacht«. Das war das plötzliche Ende der Bipolarität, und die Konsequenzen waren gewaltig. Solange zwei Riesen die Bühne beherrschten, herrschte das strategische Patt. Die Weltgeschichte hatte zwar noch nie solche Riesen gesehen – mit ihren Zehntausenden von Atomwaffen, mit Zehn-

tausenden von Panzern. Aber die beiden standen im Clinch; dabei haben sie sich ständig konterkariert und neutralisiert. So wurde ihre beispiellose Macht schlicht entwertet. Die beiden verfügten sozusagen über gewaltige Bankkonten, aber die waren eingefroren. Und deshalb blieb auch die Weltpolitik eingefroren – denken Sie nur an Europa, wo sich auf beiden Seiten der Demarkationslinie, die mitten durch Deutschland verlief, je eine Million Soldaten gegenüberstanden, aber keiner sich zu bewegen wagte – aus schierer Angst vor dem Danach. Der Status quo schien auf ewig eingemauert zu sein, wie in Berlin.

Das war plötzlich vorbei. 1989 fiel die Mauer, 1990 wurde Deutschland wieder vereinigt, 1994 verließen die letzten russischen Soldaten Mittel- und Osteuropa. Da war nur noch die »letzte verbleibende Supermacht«, und der amerikanische Riese musste plötzlich keine Angst mehr davor haben, seine Macht auch einzusetzen. Er war wie Gulliver, dem plötzlich die Fesseln abgefallen waren. Aber entfesselte Macht schafft nicht nur Freiheit, sondern auch Gelegenheit, nicht nur Gelegenheit, sondern auch Versuchung. Die Bipolarität war von der Bühne, an ihre Stelle rückte der »unipolar moment« – maximale Freiheit, minimales Risiko. Die Folgen sind bekannt.

Im Kalten Krieg hätte es Amerika kaum gewagt, in den ersten Irak-Krieg (1991) und in den Afghanistankrieg (2001) zu ziehen. Beide Länder waren viel zu dicht dran an der Sowjetunion, ja gehörten zur sowjetischen Einflussosphäre. Krieg direkt vor der Haustür des anderen – der war nach den Gesetzen der Bipolarität verboten. Ebenso wie das Nato-Bombardement Serbiens 1999, eines Landes, das Moskau seit hundert Jahren als seinen Vorhof betrachtet hatte, um dessentwillen es 1914 gar in den Ersten Weltkrieg gezogen war. Natürlich wäre auch der zweite Irak-Krieg von 2003 unter den Regeln der Bipolarität tabu gewesen. Denken Sie nur an den Jom-Kippur-Krieg von 1973, als die Israelis (von Amerika unterstützt) auf Kairo (von Moskau aufgerüstet) losmarschierten. Und schon rasselte Moskau mit

Atombomben. Also mussten sich die Israelis unter amerikanischem Druck wieder zurückziehen und dem Entflechtungsabkommen von 1974 zustimmen.

Doch nun, im zweiten ebenso wie im ersten Irak-Krieg, war Moskau zu schwach, um glaubhaft mit Gegenmaßnahmen zu drohen. So kam zum »unipolar moment« auch die »imperiale Versuchung« dazu. Warum rede ich hier von »Versuchung«? Weil sich der zweite Irak-Krieg, der zur schlimmsten Krise zwischen Europa und Amerika geriet, nicht allein durch Gelegenheit und fehlendes Risiko erklären lässt. Denn hinzu kam auch ein drittes Moment – der Ehrgeiz, die Unbekümmertheit einer Supermacht, die sozusagen zuviel Geld in der Tasche hatte. Der erste Irak-Krieg von 1991 und der Afghanistan-Krieg von 2001 hatte die enorme Effizienz der amerikanischen Militärmacht bewiesen, die in der Geschichte kein Beispiel kannte. In ein paar Wochen nur wurden damals Saddam und die Taliban besiegt, und dies fast ohne amerikanische Verluste. Im Grund genommen hätte Washington auch auf die Verbündeten verzichten können.

Also warum nicht ein Jahr nach dem Schnellsieg in Afghanistan auch größere Ziele ins Auge fassen, nämlich den Regimewechsel. Hatten nicht Kant und Tocqueville, die posthum sozusagen als Berater ins Weiße Haus eingezogen waren, hatten die nicht gelehrt, dass Demokratien grundsätzlich friedfertig seien, dass nur Despoten Kriege anzetteln? Ergo eine berauschende Vorstellung: Lasst uns Saddam beseitigen und das wird alle die anderen Diktatoren und Despoten in der Gegend lehren, sich zu bessern und so die wahren Wurzeln des Terrorismus auszureißen: Unterdrückung, Verzweiflung, Armut, no future für Millionen junger Männer.

Lasst uns Demokratie installieren und Frieden in dieser gewalttätigsten aller Weltregionen wird folgen. Heute wissen wir, dass diese Story, egal wie nobel die Absicht, höchstwahr-

scheinlich kein Happy End haben wird. Lassen Sie mich erklären, warum.

Erstens: Militärische Übermacht ist gut gegen andere Armeen – siehe Irak-Krieg I und II, siehe Afghanistan, wo die Satelliten, Präzisionswaffen, »network-centric warfare«, wie es im Militärjargon heißt, brillant funktioniert haben. Aber solche ausgeklügelten Systeme versagen offensichtlich im Dienste von Regimewechsel und Demokratisierung. Das ist, als wenn man mit einem Presslufthammer Zähne bohren will. Diese Aufgabe erfordert Geduld, genaue Kenntnisse, und einen jahrelangen Einsatz. Sie erfordert einen Arzt und feines Bohrgerät.

Presslufthammer contra Zahnbohrer: Das ist der Unterschied zwischen zwei grundverschiedenen Formen der Macht. Weil ich kräftig genug bin, um jemanden den Arm zu brechen, heißt das noch lange nicht, dass ich ihm mit dieser Gewalt auch das Klavierspielen beibringen kann. Überragende Gewaltpotentiale können erzwingen, aber nicht erziehen. Das ist das Problem, und die »Umerziehung« Deutschlands und Japans nach dem Zweiten Weltkrieg widerlegt diese Einsicht nicht, weil damals beide Länder nach sechs Jahren Krieg buchstäblich am Boden lagen, dabei total demoralisiert und isoliert waren und nirgendwo Hilfe erwarten konnten. Die Dschihadisten in Irak aber werden von zwei Nachbarstaaten, Syrien und Iran, unterstützt – und von ihren Terrorkollegen rings um die Welt.

Das ist das eine Problem: die falsche Macht am falschen Objekt. Das zweite: Beflügelt oder geradezu besessen von der Vorstellung, eine ganze Kultur umkrepeln zu können, also strategische Ziele durch inneren Wandel zu verwirklichen, waren die Amerikaner blind gegenüber ihrem tatsächlichen strategischen Problem. Oder ganz knapp: Der Krieg gegen Irak war der falsche Krieg gegen den falschen Gegner zur falschen Zeit. Der wirklich gefährliche Gegner war und bleibt Iran. Anders als der Irak baute Iran tatsächlich an Atombomben. Anders

als der Irak, hat Teheran tatsächlich Terrorismus rund um den Globus gefördert oder gesteuert. Und anders als Saddam, der unter internationaler Überwachung, unter Embargos und Sanktionen stand, bedrohte und bedroht Irans wichtigste Verbündete in der Region: von Israel bis Saudi-Arabien.

Und jetzt die fürchterlichste Ironie, die der imperialen Versuchung entsprang. Indem Amerika Krieg gegen den Irak führte, hat es unwillentlich als Handlanger der iranischen Revolution gearbeitet. Diese Arbeit bestand aus drei Teilen. Einmal hat Amerika Irans stärksten Rivalen, also Saddam, weggeräumt und damit das größte Gegengewicht in der mittelöstlichen Kräftebalance. Allein der Irak mit seinem Millionenheer konnte als Bollwerk gegen iranische Ambitionen fungieren.

Zum Zweiten hat die amerikanische Intervention die Vorherrschaft der Sunniten-Minderheit zugunsten der schiitischen Mehrheit gebrochen und so Aufstieg und Ambition der Schia in Mittelost beflügelt – siehe den Machtanspruch der Hisbollah im Libanon. Schließlich hat sich Amerika im Irak in einen furchtbaren Binnenkrieg verstrickt, den Teheran nach Lust und Laune manipulieren kann, um Irans Position in der Region weiter zu schwächen.

Der Beweis: Teherans ungenierter Griff nach der »Bombe«, sein Stellvertreterkrieg gegen Israel im Libanon im Sommer 2007, seine ständigen Provokationen gegen den Westen. Könnten wir uns all das vorstellen, wenn Irans Macht und Glaubwürdigkeit durch den Irak-Krieg nicht dezimiert worden wäre?

Heute glauben viele Deutsche, dass Bush den Iran angreifen werde. Ich habe eine Reihe von Wetten – teuren Wein, teure Havannas – dagegen laufen. Denn: neben Afghanistan und Irak noch ein dritter Krieg gegen Iran? Das ist so unwahrscheinlich wie ein Sieg der SPD bei der nächsten Bundestagswahl. Werfen wir nun einen Blick auf die europäische Seite, deren Ver-

halten ebenfalls anhand des Strukturwandels erklärt werden muss, den ich anfangs beschrieben habe. Hier ist ja im Vorfeld und während des zweiten Irak-Krieges ebenfalls etwas geschehen, was zu Zeiten des Kalten Krieges, der Bipolarität, unvorstellbar gewesen wäre.

In den Jahren 2002 und 2003 kristallisierte sich ein Phänomen heraus, das Historiker als »renversement des alliances« bezeichnen würden, als »Umkehrung der Bündnisse«. Da taten sich alte Freunde der USA, Frankreich und Deutschland, mit einem alten Gegner, Russland, zusammen, um ein Gegengewicht gegen den amerikanischen Hauptverbündeten aufzubauen - um den befreiten Giganten daran zu hindern, seine gewaltige Macht im Irak einzusetzen.

Diese schier unglaubliche Entwicklung wird hierzulande gern mit innenpolitischen Bedürfnissen erklärt. Demnach habe Gerhard Schröder 2002 einen anti-amerikanischen Wahlkampf geführt, um sich so die Wiederwahl zu sichern. Das trifft gewiss auch zu, aber es trifft nicht den wichtigsten Teil der Wahrheit. Auch hier ist die entscheidende Erklärung eine strukturell-strategische.

Kann sich irgendjemand einen Wahlkampf à la Schröder im Kalten Krieg vorstellen? Als Westberlin von sowjetischen Divisionen eingekreist war, als sowjetische Schocktruppen 30 km vor den Toren Hamburgs standen? In Zeiten solcher strategischen Abhängigkeit hätte kein deutscher Kanzler einen Wahlkampf gegen die einzige Macht gewagt, die Bestand und Sicherheit der Bundesrepublik garantieren konnte.

Also ist auch hier das Ende der Sowjetunion, das Ende des Kalten Krieges das entscheidende Moment. Der Übergang von der Bipolarität zu Unipolarität, die Wiedervereinigung Deutschlands, der Abzug der russischen Truppen hat eben nicht nur den amerikanischen Gulliver von seinen Fesseln befreit, son-

dern auch - um im Bild zu bleiben - die »Liliputaner«. Die Amerikaner waren plötzlich frei, ihre Macht zu nutzen - und die Verbündeten, vorweg die Deutschen, waren plötzlich frei, ihre jahrzehntealten Abhängigkeiten abzuschütteln. Oder noch schärfer ausgedrückt: Die ungezügelte Macht des Gulliver war plötzlich ein größeres Problem für die Liliputaner als der Despotismus eines Saddam. Daher die gerade beschriebene »Umkehrung der Bündnisse«. Daher das Zusammengehen von Paris und Berlin mit Moskau.

Lassen Sie mich den »strukturellen« Teil dieses Vortrags noch einmal ganz allgemein rekapitulieren: Wenn die gemeinsame Bedrohung wegfällt, verschwindet auch der strategische Klebstoff, der ein Bündnis wie das europäisch-amerikanische zusammenhält. Der Selbstmord der Sowjetunion hat also das atlantische Bündnis erschüttert wie keine Krise je zuvor.

Nun zum zweiten Teil, der einem Paradox gewidmet ist. Normalerweise sterben Bündnisse, wenn sie siegen. Das war so nach dem Sieg über Napoleon, mit dem Zerfall der Entente nach dem Sieg über das Kaiserreich, mit dem Bruch des amerikanisch-sowjetischen Bündnisse nach dem Kollaps Nazi-Deutschlands. Im letzten Fall hat dieses Bündnis den Sieg über Hitler nur ein Jahr lang überdauert. Deshalb das Paradox: Wieso gibt es eigentlich die Nato noch, heute, 16 Jahre nach dem Selbstmord der Sowjetunion? Wieso war Angela Merkel kaum im Amt, als sie nach Washington flog, um das Verhältnis zu reparieren? Wieso macht Nicholas Sarkozy heute Ähnliches? Ja, noch schärfer gefragt: Wieso hat sich das atlantische Bündnis nach dem Kalten Krieg ausgeweitet, anstatt theoriegemäß zu zerfallen? Warum drängte ganz Osteuropa von Polen über Estland bis Bulgarien in die Nato? Der Antworten gibt es mehrere, und sie summieren sich skizzenhaft zu einem Bild, das noch viele Jahre lang die Zukunft des atlantischen Raumes bestimmen wird. Die wichtigste Antwort hat mit dem Wesen dieses Europa zu tun, das sich zu Recht als »Friedensmacht« versteht, den

Frieden allein aber nicht gewährleisten kann. Diese Europäische Union ist ein wunderbares Gebilde. Es wächst in die Breite (jetzt 27 Mitglieder) und es wächst in die Tiefe – siehe den »Verfassungsvertrag«, der im zweiten Anlauf jetzt doch durchgekommen ist. Dieses Gebilde ist human und sozial, wohlhabend und liberal, mit einer enormen Magnetwirkung auf den Rest der Welt. Aber eines ist die EU nicht: ein strategischer Akteur. Die EU konnte noch nicht einmal eine Flugstunde von hier Ordnung auf dem Balkan schaffen; das musste die amerikanische Luftwaffe 1999 tun.

Natürlich könnte die EU ein strategischer Akteur sein – mit einer Wirtschaft, die so groß ist wie die amerikanische, mit mehr Menschen unter Waffen als die Amerikaner. Aber Hand aufs Herz: Das will Europa nicht sein, jedenfalls noch lange nicht. Europa ist Friedens- und Zivilmacht – abgesehen von Frankreich und England, wo noch Restbestände eines alten Großmachtbewusstseins sichtbar sind. Aber der Rest? Deutschland und Italien geben gerade mal 1,3 Prozent ihres Sozialprodukts fürs Militär aus; in Amerika sind es knapp fünf. Europa, der Hort der schlimmsten Kriege der Weltgeschichte, betrachtet Waffengewalt nicht mehr als Mittel der Politik. Clausewitz lebt jetzt in Amerika – und in Russland, China, in Nahost. Denken wir nur daran, wie schwer sich der Bundestag mit der Verlängerung der Afghanistan-Mandate getan hat. Wir sind zwar bereit, uns zu verteidigen, aber viel lieber in Hindelang als am Hindukusch, und es gibt eine lange Latte von guten Gründen, vor allem zwei verlorene Weltkriege, warum dieses einst so gewaltbereite Land so friedfertig geworden ist wie die Schweiz und Schweden. Waffengewalt ist nicht mehr integraler Bestandteil europäischer Staatsräson. Und deshalb darf man bei kühler Betrachtung annehmen, dass das Bündnis mit Amerika weiter im europäischen Interesse ist. Amerika ist und bleibt der große Rückversicherer, weshalb auch heute noch, fast zwei Jahrzehnte nach dem Mauerfall, amerikanische Resttruppen in Europa stehen. Diese Rückversicherungspolice gewinnt ge-

rade in dieser Zeit wieder an Wert, da Russland sich anschickt, seine verlorene Weltmachtrolle wieder zu erobern und dabei sehr geschickt sein Druckpotential jenseits seiner Grenzen einsetzt, sei's im nahen Ausland, sei's im Baltikum, sei's gegenüber alten imperialen Besitztümern wie Polen und Tschechien. Gerade diese Länder wollen sich nicht allein auf die Friedensmacht Europa verlassen und pflegen deshalb sorgfältig ihre Beziehungen zu Washington. Dies sind die strategisch-strukturellen Gründe, die trotz Ende des Kalten Krieges noch immer den Kitt liefern, der das atlantische Bündnis zusammenhält. Hinzu kommt ein institutioneller Grund: In der Nato haben Europäer vierzig Jahre lang praktische militärische und politische Zusammenarbeit geübt. Man kennt sich, man weiß, wie man miteinander umgeht. Die Institution ist zum Wert an sich geworden; sie verkörpert eine bewährte Tradition der Zusammenarbeit bei Training, Logistik und Befehlsgewalt, die man erfinden müsste, wenn es sie nicht schon gäbe. Auch nach dem Kalten Krieg ist die Nato just der eingeübte Multilateralismus, den gerade die Europäer so schätzen. Schließlich Werte an sich. Ich will hier keine Sonntagsrede über Freiheit und Demokratie einflechten, sondern die Sache etwas praktischer beleuchten. Wir leben in einer Welt, die sich tagtäglich schneller globalisiert, in der wir überall investieren und mit jedermann Handel treiben. Aber Amerika und Europa sind irgendwie Familie. So heftig, wie wir uns Anfang dieses Jahrzehnts auch gestritten haben – solche Krähe hat man nur in der Familie, wo es nicht um grundsätzliche Wertekonflikte geht, sondern um die richtige Sicht dessen, was wichtig und richtig ist.

Wir haben uns ja nicht darüber gestritten, ob Saddam ein furchtbarer Diktator war, sondern ob Krieg der richtige Weg zu Demokratie war. Kein Europäer wünscht sich Atomwaffen in iranischen Händen; es geht zuvörderst darum, wie man Teheran dazu kriegt, von seiner Atombewaffnung abzulassen. Menschenrechte, Demokratie, eine offene Gesellschaft, Umweltschutz sind Werte, die zwischen Berlin und Berkeley gelten.

Wir streiten uns nicht über das Was, sondern über das Wie. Wir wissen, dass wir Amerika Abu Ghraib und Guantanamo vorhalten können, weil diese Ausrutscher nicht nur gegen unsere, sondern auch gegen amerikanische Werte verstoßen.

Aber wie machen wir China klar, dass es Tibet Autonomie gewähren soll. Wie überzeugen wir Putin, dass er unbotmäßige Geschäftsleute nicht in den Gulag verbannen soll? Dass er die Opposition nicht verfolgen, die Medien nicht unterdrücken soll? Das amerikanische Verfassungsgericht versteht, wovon wir reden, Putins staatsfromme Richter verstehen es nicht. Das ist der Unterschied zwischen Familie und Beziehungen, wo kalte Interessen uns häufig zwingen, in die bittere Frucht der Realpolitik zu beißen.

Oder nehmen wir ein ganz praktisches Beispiel der Zusammenarbeit. Egal, wie hartnäckig Schröder und Chirac den Irak-Krieg bekämpft haben, bleibt unter dem Strich zweierlei:

1. Schröder blieb trotzdem nach England Amerikas bester Verbündeter. Er hat den Amerikanern Überflug- und Stützpunktrechte eingeräumt, deutsche Soldaten zum Schutz amerikanischer Kasernen beordert, damit US-Soldaten in den Irak-Krieg ziehen konnten.

2. Die Zusammenarbeit von Polizei- und Geheimdienst im Antiterrorkampf funktionierte bestens selbst zu schlimmsten Zeiten. Zuletzt bei der Aufdeckung eines großangelegten Terrorangriffs auf amerikanische Einrichtungen auf deutschem Boden, als deutsche Behörden mit amerikanischen Informationen die Verschwörung rechtzeitig aufdecken konnten. Kurzum: man schlägt sich und verträgt sich, weil das Netz gemeinsamer Interessen nach wie vor stärker ist als alle Streitereien. Lassen Sie mich jetzt, im dritten und letzten Teil, in die Zukunft blicken. Wie sieht die Zukunft im Verhältnis »Hypermacht und Friedensmacht« aus?

Machen wir uns nichts vor. Es gibt Unterschiede zwischen den beiden, die nicht planierbar sind. Amerika ist Weltmacht, Europa ist es nicht. Amerika betrachtet Waffengewalt als integralen Bestandteil seiner großen Strategie, Europa glaubt, seine Interessen mit Handel und Wandel, Multilateralismus und Institutionalismus durchsetzen zu können. Amerika ist ein Nationalstaat, Europa ist weder Nation noch Staat, sondern ein noch nie da gewesenes Ding, bei dem Souveränitäten fortbestehen und doch verschmelzen, wo die Staaten ihre Macht teilen, aber trotzdem nicht in einen Gesamtstaat aufgehen. Die politische Kultur Amerikas ist eine nationale, die europäische eine post-nationale. Europa genießt in der Sicherheitspolitik eine Rückversicherungspolice made in U.S.A., Amerika muss sich in letzter Konsequenz auf sich selber verlassen. Diese Unterschiede lassen sich beim besten Willen nicht einebnen, ebenso wenig wie die »Religionslücke« zwischen einem nach wie vor hochreligiösen Amerika und einem sich säkularisierenden, ja »entchristianisierenden« Europa, wo Kirchenbesuch und -zugehörigkeit stetig zurückgehen. Dennoch gibt es für beide keine andere »Familie«, und ich denke, dass nach dem schlimmsten Familienkrach in der Geschichte, ja selbst nach dem Verblässen der gegenseitigen strategischen Abhängigkeit ein Fundament der Gemeinsamkeiten fortbesteht, das von Einsichten und nicht von Sentimentalitäten bestimmt wird.

Nehmen wir Amerika. Das größte Problem dieses Landes lässt sich in einem Satz ausdrücken. Noch nie war Amerikas physische Macht so groß wie nach dem Zerfall der Sowjetunion, noch nie seine Legitimität so gering wie in der Ära Bush.

Was bedeutet diese Legitimitätslücke? Die beste Antwort liefert Henry Kissinger: »Amerikas Macht ist ein Fact of Life, aber Aufgabe der Staatskunst ist es, Macht in Konsens zu verwandeln.« Konsens oder Zustimmung ist bloß ein anderes Wort für Legitimität. Dieses Gütesiegel besagt, dass die Sache eines Landes richtig und rechtens ist und deshalb Unterstützung

verdient. Vor allem ein Staat, der Führung reklamiert, braucht dieses Maß an Zustimmung, die daraus erwächst, dass er nicht nur die eigenen Interessen verfolgt, sondern auch die der anderen mitnimmt. Deshalb wird der Muskelprotz nie zum Schulsprecher gewählt.

Ein hoher Beamter der ersten Regierung Bush hat es so ausgedrückt: »Amerika braucht keine Erlaubnis vom Rest der Welt, um zu handeln. Aber es braucht dessen Mithilfe, um zu reüssieren. Legitimität ist also bloß ein anderes Wort für die Fähigkeit, andere dazu zu bringen, mitzumachen, ohne sie zu bestechen, erpressen oder zwingen zu müssen. Doch im Überschwang des »unipolar moment«, als die Stricke von Gulliver abfielen, hat die Regierung Bush geglaubt, dass der Starke nur allein stark ist. Nur braucht selbst die stärkste Macht auf Erden für die allermeisten ihrer Ziele Partner - und nicht nur im Irak oder in Afghanistan. Denken wir an die Nichtverbreitung von Atomwaffen, an die Terrorbekämpfung, an Klimaschutz, an Sanktionen gegen Iran und Nordkorea, an die Aufrechterhaltung des Freihandels, der Währungsstabilität. All diese Ziele können nicht einseitig verwirklicht werden, sondern erfordern gemeinschaftliches Handeln.

Hinzu kommt noch ein eigentümliches Problem demokratischer Außenpolitik. Letztendlich muss das Wahlvolk die Schecks unterzeichnen, und wir sehen gerade, wie der Kongress Präsident Bush die Zustimmung zum Irak-Krieg entzieht. Dahinter steht eine alte Erkenntnis. Immer wieder haben die Amerikaner in Umfragen zu Protokoll gegeben, dass, wenn sie schon Krieg führen sollen, sie es zusammen mit Verbündeten tun wollen. Will sagen: Je mehr auf unserer Seite sind, desto stärker unser Gefühl, dass es rechtens und richtig ist. Legitimität dient also nicht nur der äußeren, sondern auch der inneren Durchsetzungsfähigkeit. Fassen wir zusammen. Ich habe versucht, erstens das Warum der imperialen Versuchung zu erklären, dann zweitens den Wust an außen- und

innenpolitischen Sündenfällen zu beschreiben, welche diese Versuchung erzeugt haben. Wie könnte, müsste eine Nach-Bush-Außenpolitik diese Kluft wieder schließen? Als Erstes muss sie die imperiale Versuchung zurückdrängen, muss dieser Gulliver erkennen, dass die Befreiung von seinen Stricken nach dem Kalten Krieg mehr Fluch als Segen gewesen ist. Es ist das Übermaß an Macht, dass erst die Versuchung, dann Angst, Widerstand und Feindseligkeit produziert hat. Also gehört auch ein Stück Selbst-Eindämmung dazu. Ein Elefant mag ja im Kern ein freundliches Tier sein, aber davon muss er erst jene überzeugen, deren Gärten er zertrampelt. Den Salatköpfen ist es egal, ob sie von einem Problembären oder einem an sich friedfertigen Elefanten zertreten werden. Aber Selbsteindämmung reicht nicht; diese ändert ja nichts an dem Gewicht und an der Gewaltfähigkeit des Elefanten. Der nächste Schritt in eine Post-Bush-Ära muss deshalb »Verantwortungspolitik« heißen. Oder so: nicht nur den eigenen Interessen dienen, sondern auch denen des Ganzen.

Das wäre keine Revolution in der amerikanischen Außenpolitik, sondern eine Rückbesinnung auf ihre besten Traditionen - auf die Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg. Denken Sie einmal an den Kürzel-Wirrwarr der Nachkriegszeit: UN, OEEC/Marshall-Plan, NATO, IMF/Weltwährungsfonds, GATT (Freihandelsabkommen), aus dem jetzt die WTO, die Welthandelsorganisation, geworden ist, KSZE, die Europäische Sicherheitskonferenz, NPT, der atomare Nichtverbreitungsvertrag. Alle diese Institutionen haben eines gemeinsam: Sie sind von den Amerikanern erfunden, finanziert und gepflegt worden. Und sie haben noch eines gemeinsam, das gar nicht so idealistisch klingt: Amerika hat in und mit diesen Institutionen sehr wohl seine eigenen Interessen verfolgt, aber zugesagt mit zwei dicken Schichten Zuckerguss obendrauf. Erstens hat Amerika in diesen Institutionen eine Art Selbsteindämmung betrieben, indem es seine Macht in gemeinsame Regelwerke eingebunden hat. Aufgrund seiner überragenden Größe war zwar Ame-

rika »gleicher als die anderen«, hat aber nach den Regeln gespielt, die für alle anderen galten.

Zum Zweiten hat es mit den eigenen Interessen auch die der anderen bedient – also Sicherheit, Wiederaufbau Europas durch den Marshall-Plan, Freihandel, Währungsstabilität und -liquidität. Im Grunde ist das das Wesen aller Führung, das im Kreisverband einer Partei genauso gilt wie in der großen Politik, eine Art Kant'scher kategorischer Imperativ: Handle stets so, dass Du die meisten Bataillone auf Deiner Seite hast. Wenn der Dirigent die Kärnerarbeit gut macht, also im Dienste des gesamten Orchesters, werden die Primadonnen gern mitspielen. Wenn nicht, werden sie streiken oder von der Fahne gehen.

Also statt der kleinstmöglichen »Koalition der Willigen« stets das größtmögliche Bündnis aller Gleichgesinnten. Das ist übrigens auch gute Realpolitik; dann muss man die Risiken und Kosten nicht allein schultern. Dann vermeidet man auch die Gefahr, dass sich die anderen gegen einen zusammenrotten.

Und nun zu Europa in der Post-Bush-Ära. Eigentlich haben die Staaten hier kein Interesse, sich gegen den Giganten zusammenzurotten, sondern vielmehr mit ihm zusammenzuarbeiten, und zwar im Dienste ureigener Bedürfnisse. Denn für die Friedensmacht Europa gilt noch mehr als für die Hypermacht, dass sie allein nicht agieren kann, um ihre Interessen durchzusetzen.

Kann Europa allein den Friedensprozess in Nahost zu einem halbwegs guten Ende bringen? Kann Europa allein Iran überzeugen, von seiner Atomrüstung abzulassen? Kann Europa allein Klimaschutz betreiben oder auch nur China und Indien davon überzeugen, sich einem strengen CO₂-Regime zu unterwerfen? Kann Europa allein Währungskrisen bewältigen? Kann Europa allein den Wiederaufsteiger Russland dazu bringen, nicht bloß Macht, sondern auch Verantwortungspolitik zu betreiben?

Zum Fazit und zum Schluss:

Ich habe vorhin von dem Paradox gesprochen, dass dieses sechzig Jahre alte atlantische Bündnis, das älteste aller Zeiten, eigentlich hätte mit dem Sieg im Kalten Krieg sterben sollen – so wie alle Bündnisse in der Staatengeschichte. Und trotzdem: Obwohl die strategische Abhängigkeit geschwunden, die Handlungsfreiheit gewachsen ist, bleibt die Familie zusammen. Um es ganz modern auszudrücken: Sie ist nicht dysfunktional, sondern bleibt unter fundamental veränderten Vorzeichen funktional. Wir sind zwar an den Rand der Scheidung gegangen, haben uns auch allerlei Seitensprünge erlaubt, bleiben aber zusammen, weil die Zeiten nicht einfacher geworden sind. Lieber eine komplizierte Ehe mit einem vertrauten Partner als die Nächte in Single-Bars zu verbringen, wo man dann doch nur Leute wie Putin, Achmadinedschad, Chavez, Muscharaff und Kim Jong Il trifft.

Umso mehr als der nächste amerikanische Präsident vielleicht »Clinton« heißen wird. Hillary und Bill sind wie Europa und Amerika: nicht besonders treu und nicht mehr ineinander verliebt. Aber ihr gemeinsames Interesse, wieder unter einem Dach, nämlich des Weißen Hauses, zu wohnen, hat über alle Differenzen obsiegt. Wenn Hillary Monica vergessen kann, können Europäer Bush und Irak, die Amerikaner Schröder und Chirac vergessen. Zumal das gemeinsame atlantische Haus ebenso wie das Weiße Haus groß genug ist, um sich gelegentlich aus dem Weg zu gehen.

Josef Joffe

- 1944 geboren in Łódź
- 1962-1965 Studium der Wirtschaftswissenschaften, Politologie und Philosophie am Swarthmore College
- 1966 Besuch des College of Europe, Brügge
- 1967 M.A. in International Studies an der Johns Hopkins University
- 1967-1969 Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stiftung Wissenschaft und Politik
- 1969-1975 Studium der Politologie an der Harvard University
- 1975 Promotion
- 1975-1976 Postdoctoral Fellow am Center for International Affairs, Harvard University
- 1976-1980 Politischer Redakteur der Zeit
- 1980-1982 Leiter des Ressorts »Dossier« der ZEIT
- 1982 Fellow am Woodrow Wilson Center for Scholars
- 1983-1985 Professional Lecturer an der Johns Hopkins School of Advanced International Studies und Senior Associate am Carnegie Endowment for International Peace
- 1985-2000 Leitartikler und Ressortchef Außenpolitik der Süddeutschen Zeitung
- Seit 2000 Herausgeber der ZEIT
- 2001-2004 Chefredakteur der ZEIT

Mitgliedschaften

- :: Olin Institute for Strategic Studies
- :: Distinguished Fellow des Institute of International Studies, Stanford University
- :: Abramowitz Fellow der Hoover Institution

- :: Lehrtätigkeit und Gastvorlesungen an Universitäten, darunter Berkeley, Harvard, München, Oxford, Princeton, Stanford, Yale und Zürich.

Auszeichnungen und Preise (Auswahl)

- 1982 Theodor-Wolff-Preis
- 1998 Ludwig-Börne-Preis
- 1996 Verdienstkreuz 1. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland
- 2002 Ehrendoktorwürde des Swarthmore College
- 2005 Ehrendoktor des Lewis and Clark College

Veröffentlichungen (Auswahl)

- 1985 Eroding Empire: Western Relations with Eastern Europe, Mitautor
- 1987 The Limited Partnership: Europe, the United States and the Burdens of Alliance
- 1998 The Future of International Politics: The Great Powers
- 2006 Die Hypermacht. Warum die USA die Welt beherrschen

Europa bauen, den Wandel gestalten Vortragsreihe

- :: Klaus Töpfer
Globalisierung – Konsequenzen für die deutsche Politik in internationalen Organisationen, Oktober 2001
- :: Daniel S. Hamilton
Die Zukunft ist nicht mehr, was sie war: Europa, Amerika und die neue weltpolitische Lage, Februar 2002
- :: Mahmoud Hamdi Zakzouk
Der Islam und Europa – ohne Dialog keine Zukunft, Juli 2002
- :: Janusz Reiter
Die Erweiterung der Europäischen Union – was kommt danach?, Januar 2003
- :: Alfred Grosser
Deutschland, Frankreich, Europa: was war, was ist, was wird?, August 2003
- :: Amos Elon
Die Rolle der Juden im neuen Europa, Februar 2004
- :: Erwin Teufel
Europa im Umbruch, August 2004
- :: Karl Kardinal Lehmann
Das Christentum und die Grundlagen Europas. Ein Blick in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, November 2004
- :: Kemal Derviş
Die Erweiterung Europas nach Südosten: eine geschichtliche Wiedervereinigung und die Gestaltung der Zukunft, Juni 2005

- :: Heinrich August Winkler
Was hält Europa zusammen?, Dezember 2005
- :: Joachim Gauck
Welche Erinnerungen braucht Europa?, September 2006
- :: Jean-Claude Juncker
Welche Vision braucht Europa?, Januar 2007
- :: László Sólyom
Die Verantwortung für den Schutz unserer Lebensgrundlagen, September 2007

Die Robert Bosch Stiftung

Die Robert Bosch Stiftung ist eine der großen unternehmensverbundenen Stiftungen in Deutschland. Ihr gehören 92 Prozent des Stammkapitals der Robert Bosch GmbH. Sie wurde 1964 gegründet und setzt die gemeinnützigen Bestrebungen des Firmengründers und Stifters Robert Bosch (1861–1942) fort.

Die Stiftung konzentriert sich in ihrer Arbeit auf die Gebiete:

- :: Wissenschaft und Forschung
- :: Gesundheit und humanitäre Hilfe
- :: Völkerverständigung Westeuropa, Amerika
- :: Völkerverständigung Mitteleuropa, Osteuropa
- :: Bildung und Gesellschaft
- :: Gesellschaft und Kultur

Zur Stiftung gehören in Stuttgart das Robert-Bosch-Krankenhaus, das Dr. Margarete Fischer-Bosch-Institut für Klinische Pharmakologie und das Institut für Geschichte der Medizin.

Herausgegeben von der Robert Bosch Stiftung
Foto: Susanne Kern
April 2008

Robert Bosch Stiftung GmbH
Heidehofstraße 31
70184 Stuttgart
info@bosch-stiftung.de
www.bosch-stiftung.de

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme
Ein Titeldatensatz für diese Publikation ist bei der
Deutschen Bibliothek erhältlich.

© 2008 Robert Bosch Stiftung GmbH, Stuttgart

Alle Rechte vorbehalten

ISBN 978-3-939574-07-1